FDP
Die Liberalen

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Bundesamt für Umwelt (BAFU)
3003 Bern

Bern, 29. September 2026 / MR
VL Hochseeschutzabkommen / HoSG

Elektronischer Versand: recht@bafu.admin.ch

Ratifikation und Umsetzung des internationalen Übereinkommens im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere ausserhalb nationaler Hoheitsbefugnisse (Hochseeschutzabkommen)

Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen unterstützt die Ratifikation und Umsetzung des internationalen Hochseeschutzabkommens grundsätzlich. Wir fordern jedoch ausdrücklich, dass die Vorgaben des Abkommens bei der nationalen Umsetzung nicht überschritten werden. Ein Swiss Finish würde den Forschungsstandort Schweiz gegenüber anderen Ländern benachteiligen und ist zu vermeiden. Auf unnötige Auflagen und zu hohe finanzielle Forderungen für Unternehmen im neuen HoSG muss konsequent verzichtet werden.

Beim vorgesehenen finanziellen Vorteilsausgleich für die Nutzung mariner genetischer Ressourcen sehen wir zudem erhebliche finanzielle Risiken für die betroffenen Unternehmen (Art. 14 Abs. 7 Hochseeschutzabkommen). Da die Modalitäten hierzu erst später festgelegt werden ist unklar, ob sich die finanziellen Forderungen in einem angemessenen Rahmen bewegen werden. Übertriebenen Forderungen und Mehrfachbelastungen durch andere Instrumente ist in den Verhandlungen Einhalt zu gebieten. Nachteilige Auswirkungen auf die forschende Industrie müssen im Sinne des Wirtschaftsstandortes Schweiz verhindert werden.

Die FDP wird spätere Änderungen des Abkommens und Beschlüsse zu dessen Umsetzung eigenständig beurteilen. Dies gilt insbesondere für die noch festzulegenden finanziellen Modalitäten des Vorteilsausgleichs. Der Bundesrat soll sich dabei für verhältnismässige Pflichten, Rechtssicherheit und die Vermeidung von Mehrfachbelastungen einsetzen. Neue Verpflichtungen für die Schweiz sind dem Parlament nach den geltenden Zuständigkeiten zu unterbreiten.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen

Der Co-Präsident	Die Co-Präsidentin	Der Generalsekretär
Benjamin Mühlemann Ständerat	Susanne Vincenz-Stauffacher Nationalrätin	Jonas Projer